

Politisch ist man sich einig: Die Windkraft soll in Cuxhaven weiter ausgebaut werden

Über 400 Menschen folgten der Einladung des BWE Regionalverbandes Elbe-Weser-Nord und einiger Unternehmen der Windkraftbranche aus der Region (BARD, CSC, energie 3000, Energiekontor, energiequelle, PNE Wind, UMaG). Geladen war zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frischer Wind für unsere Region.“ Eine Einführung gab Sylvia Pilarsky-Grosch, Vizepräsidentin des Bundesverbands WindEnergie e. V. mit Betonung auf die Preisehrlichkeit der Windkraft im Vergleich zu anderen Energien.



Arno Stabbert, Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven und Uwe Schönemann, Minister für Inneres, Sport und Integration betonten die kommunale Bedeutung des Ausbaus der Windkraft unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Mit inzwischen über 400 Megawatt installierter Leistung aus Windkraft, sei diese Branche aus der Region Cuxhaven nicht mehr wegzudenken.



„Um die Potenziale der Windkraft optimal nutzen zu können, sind entsprechende Regelungen im regionalen Raumordnungsprogramm notwendig“, führte Uwe Leonhardt, Vorstand BWE Regionalverband Elbe-Weser-Nord und Geschäftsführer der UMaG aus. Abstandsregelungen zur nächsten Bebauung seien sinnvoll, da sie helfen die Akzeptanz noch weiter zu erhöhen. Über technisch bedingte Abstände zwischen einzelnen Windkraftanlagen oder Windparks hinausgehende Regelungen seien dagegen kontraproduktiv. Wichtig sei der Ausbau auch, um neue Arbeitsplätze in der Region zu

schaffen. Attraktiv für die Gemeinden ist die Gewerbesteuerregelung, die sicher 70 Prozent des Aufkommens in der Region lassen.

Grundsätzliche Parteienübereinstimmung gab es in der anschließenden Podiumsdiskussion. Eine Verdoppelung der installierten Leistung sei möglich. „Die CDU will den Ausbau der Erneuerbaren Energien,“ sagte Hans-Christian Biallas, Mitglied des niedersächsischen Landtages. Daran anschließend verwies Gunnar Wegener, Fraktionsvorsitzender SPD, auf die Einigkeit unter den Fraktionen in Fragen der Höhenregelungen. Bernd Jothe betonte für Bündnis 90/Die Grünen, dass die Erneuerbaren Energien eines der zentralen Themen seiner Partei sind. Er wies darauf hin, dass der Ausbau dieser Energieformen verstärkt werden muss. „Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke verhindern den weiteren Ausbau von Windkraft und Sonne“, gab er zu bedenken. Durch die jüngsten Ereignisse in Asse und Gorleben fühlen sich die Grünen bestätigt. Bei ihrer Zustimmung zum EEG forderte die FDP dazu auf, zukünftig - entsprechend dem technologischen Fortschritt und weiterer Kriterien - die Privilegierung der erneuerbaren Energien im Vergleich zu konventionellen Stromerzeugern regelmäßig zu überprüfen. Helmut Wagner: "Wir Liberalen haben den Ausbau der Erneuerbaren Energien mittlerweile im Parteiprogramm. Wichtig ist aber, die Sicherung der Grundlast nicht aus den Augen zu verlieren.“ Die Linke, vertreten durch Ulrich Schröder, betonten ihre Standpunkte zu Gunsten des Ausbaus der Erneuerbaren und dem Ausstieg aus der Atomkraft.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Zukunft der Windkraft auf See für die Region. Denn der Ausbau an Land ist zwingende Voraussetzung für die Nutzung auf See, da Prototypen für technische Neuerungen an Land erprobt werden müssen. Heiko Ross, BARD Engineering GmbH, nutzte das Forum, um auf die besondere Bedeutung des Netzausbaus hinzuweisen. 20 Prozent erneuerbare Energien in 2020 sind nur möglich, wenn sowohl onshore als auch offshore weiter die Potenziale des Windes nutzen werden.

